



Medienkommentar

„Fake News“ – wer wem den „Schwarzen Peter“ zuschiebt am Beispiel Aleppos



Westliche Medien und Politiker geraten vermehrt in Bedrängnis, da sie von alternativen Medien und Lesermeinungen oft auf Falschmeldungen hingewiesen und folglich als Lügenpresse bezichtigt werden. „Angriff ist die beste Verteidigung“ scheinen sich nun westliche Medien und Politiker zu sagen und blasen zum Großangriff gegen alternative und soziale Medien.

Westliche Medien und Politiker geraten vermehrt in Bedrängnis, da sie von alternativen Medien und Lesermeinungen oft auf Falschmeldungen hingewiesen und folglich als Lügenpresse bezichtigt werden. „Angriff ist die beste Verteidigung“ scheinen sich nun westliche Medien und Politiker zu sagen und blasen zum Großangriff gegen alternative und soziale Medien.

So sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 23. November 2016 im Bundestag, dass sogenannte Fake-Seiten – also Seiten mit Falschinformationen – die „Meinungsbildung verfälschen können“. Sie müssten mit diesen Phänomenen umgehen und wo notwendig, sie auch regeln. Noch ist nach Einschätzung aus Fachkreisen nicht klar, wann die Bundesregierung eine Meldung als falsch klassifizieren werde.

Auch die unterlegene US-Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton warnte am 8. Dezember vor „Fake News“ – zu Deutsch „Falschmeldungen“ – im Internet. Diese könnten „Konsequenzen in der realen Welt“ haben, so Clinton.

In einer groß angelegten Reportage vom 27.11.2016 behauptete der Schweizer „Tages-Anzeiger“, dass auch alternative News-Seiten aus der Schweiz Falschmeldungen verbreiten würden. Stichhaltige Belege blieben jedoch aus.

Wer die aktuellen Meldungen der westlichen Medien und Politiker aufmerksam mitverfolgt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich einfach um einen Versuch handelt, den „Schwarzen Peter“ weiterzureichen, um von ihren eigenen Falschmeldungen abzulenken.

Neustes Beispiel ist die westliche Berichterstattung rund um die Befreiung Aleppos durch die syrischen Regierungstruppen mit ihren Verbündeten. Nach russischen Angaben kontrollieren die Regierungstruppen inzwischen 93 Prozent der Stadt. Seit der Offensive der Regierungsarmee zur Rückeroberung Aleppos – die Mitte November 2016 begann – hagelte es an Falschmeldungen von Seiten der westlichen Medien und Politiker, wie Klagemauer.TV bereits in der Sendung vom 3. Dezember berichtete.

Hier nun zwei aktuelle Beispiele:

– Erstens: Am 7. Dezember sprachen die Medien von einem „Blutbad mit Ansage“. Sie behaupteten, dass Russlands Außenminister Sergei Lawrow angekündigt hätte, in Aleppo alle vernichten zu wollen, welche die Stadt nicht verlassen würden. Damit suggerierten sie, dass Zivilisten und Rebellen gleichermaßen vernichtet würden.

Fakt jedoch ist, dass Lawrow am 6. Dezember zwar von einer Vernichtung derjenigen bewaffneten Rebellen gesprochen hatte, die sich weigerten, Aleppo freiwillig zu verlassen,

dabei jedoch klar von friedlichen Bürgern unterschied. Dies war eine Reaktion auf den Beschuss eines russischen Militärlazaretts in Aleppo am 5. Dezember, wobei zwei Ärzte starben.

Fakt ist auch, dass Lawrow am 9. Dezember am Rande des OSZE-Ministerrats in Hamburg wörtlich sagte: „Wir wollen nicht diejenigen unterstützen, die diesen Militanten gerne um jeden Preis und ohne jegliche Verhandlungen den Rest geben würden. Wir sind bereit, das Problem zu lösen, ohne dass es neue Opfer und Zerstörungen gibt.“ Weiter beteuerte Lawrow in Bezug auf die Rebellen: „Wir sind bereit, diese mit persönlichen Waffen, jedoch ohne schwere Waffen gehen zu lassen.“ Natürlich erhielten diese Äußerungen Lawrows, die alles andere als von einem „Blutbad“ zeugen, keinen Platz in den westlichen Leitmedien. – Zweitens: An einer Konferenz Ende letzter Woche in Paris forderten die Teilnehmer wiederholt eine Feuerpause, weil die Lage in Aleppo dramatisch sei. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier forderte die Regierung Syriens, aber auch den Iran und Russland auf, die Menschen aus der Kampfzone gehen zu lassen. Damit suggerierte er, dies wäre in der Hand der syrischen, iranischen und russischen Regierungen, obwohl es doch klare Hinweise dafür gibt, dass die Rebellen die Bewohner von Ostaleppo häufig als Schutzschilde gefangen hielten. US-Außenminister John Kerry rief Syriens Präsidenten Bashar al-Assad und dessen Verbündeten Russland auf, „ein wenig Gnade“ zu zeigen und sprach von Kriegsverbrechen.

Fakt jedoch ist, dass der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow am 10. Dezember mitteilte, dass die syrische Regierungsarmee ihren Sturm auf Aleppo für die Zeit ausgesetzt habe, in der friedliche Bürger aus dem östlichen Stadtteil über humanitäre Korridore evakuiert werden. Dies dokumentierte eine Live-Videoübertragung der Evakuierung aus Aleppo im Auftrag des russischen Verteidigungsministeriums.

Auch teilte Konaschenkow mit, dass bereits rund 50.000 friedliche Bürger die östlichen Teile von Aleppo in den vergangenen zwei Tagen über die von Russland organisierten humanitären Korridore verlassen hätten. 1.217 Kämpfer hätten bereits ihre Waffen niedergelegt. Weiter wendete sich der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums an die Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas, der Europäischen Union und internationaler Organisationen – an alle, die in den vergangenen Monaten ihre Bereitschaft geäußert hatten, ihre humanitäre Hilfe nach Aleppo zu schicken: Es sei an der Zeit, die Wahrheit ihrer Motive zu prüfen, sagte Konaschenkow.

Zur Erinnerung, wie Kla.TV am 3. Dezember berichtete, die Rückeroberung von Ost-Aleppo erlaubt es, humanitäre Hilfe für zehntausende Zivilisten zu bringen, wie sie von Russland in Kooperation mit der syrischen Regierung bereits vorbildlich erbracht wird.

Nur schon diese beiden Beispiele zeigen wieder einmal klar, dass westliche Medien und Politiker in Bezug auf Falschmeldungen nicht gerade günstig abschneiden dürften. Deshalb muss ihr Aufbäumen, indem sie alle anderen der Fake News bezichtigen, als „Zuschieben des Schwarzen Peters“ gedeutet werden, um von den eigenen, offensichtlich gezielt gestreuten Falschmeldungen abzulenken.

Somit müssen Medien und Politiker genauestens beobachtet und deren Äußerungen hinterfragt werden, ob es sich nicht genau anders herum verhalten könnte.

von dd.

Quellen:

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/11/23/angela-merkel-will-inhalte-im-internet-regulieren/>

https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/12/09/hillary-clinton-warnt-vor-falschmeldungen-im-internet/#cxrecs_s

Der Landbote vom 7. Dezember 2016

<http://www.srf.ch/news/international/feuerpause-gefordert>

<https://de.sputniknews.com/politik/20161206313644592-lawrow-syrien-militante-warnung/>

<https://de.sputniknews.com/videos/20161210313710743-video-evakuierung-aleppo/>

<https://de.sputniknews.com/panorama/20161210313710752-aleppo-zivilisten-evakuiert/>

<https://de.sputniknews.com/politik/20161209313703606-aleppo-lawrow-keine-vernichtung-um-jeden-preis/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#UnruhenSyrien - in Syrien - www.kla.tv/UnruhenSyrien

#FakeNews - www.kla.tv/FakeNews

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.